

laden in der Lindenstraße ergangen, der die Telefon-Kommunikation und andere Kontakte einschränkte und auch die Kunden darauf hinwies, was die Polizei als „konspiratives Verhalten“ interpretierte. Mit großem Aufgebot und geladener Presse wurde eingeschritten, Festnahmen vorgenommen und der Laden geschlossen. Alle Maßnahmen mussten kurze Zeit später gerichtlich aufgehoben werden, weil nichts gegen die Verdächtigten vorgelegen habe. Von Seiten der Polizei habe der „erhöhte Fahndungsdruck“ demonstriert werden sollen. Der Ole-von-Beust-Senat habe sämtliche Dialogaktivitäten mit dem organisierten Islam abgebrochen, die Planung des Lehrstuhls für islamische Theologie an der Universität Hamburg eingestellt, die Stelle der Integrationsbeauftragten abgeschafft sowie den „offenen Kanal“ aufgelöst, der viel zur Integration beigetragen habe. Die Angebote des „Tages der offenen Moschee“ am 3. Oktober würden nur noch von roten oder grünen (GAL-) Politikern wahrgenommen, nicht von Nahestehenden des regierenden Senats.

Selbstkritisch bemerkt der Autor, dass sich Muslime leichter für eine Palästina-bezogene Demonstration mobilisieren ließen als gegen die Senatspolitik: immer noch sei die emotionale Bindung an die jeweiligen Herkunftsländer stark. Ferner seien die oft „chaotischen Verhältnisse“ in Moscheen und Moscheevereinen mit schlecht ausgebildeten Strukturen und ohne deutliches Programm mitverantwortlich dafür, dass man keinen Überblick darüber habe, wer ein und aus gehe, und somit auch unerwünschten Gruppen und Personen (wie Atta etc.) unkontrolliert Freiräume geboten würden. So war es auch der Al-Nur-Moschee in Berlin-Neukölln ergangen, die im Frühjahr 2003 in die Schlagzeilen geriet (MD 5/2003, 192). Was die Berliner Presse nicht mehr

Hamburger SCHURA unter Schill & Co.

Die 1999 gegründete „SCHURA – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg e.V.“ hat es seit dem 11. September 2001 und dann seit dem Regierungsantritt der CDU-FDP-Schill-Koalition nicht leicht gehabt. Darüber berichtet Norbert Müller in der Ausgabe 4/2003 der „Moslemischen Revue“.

Durch die polizeiliche Rasterfahndung einem besonderen Druck ausgesetzt, reagierten manche Muslime mit Nervosität und übergroßer Vorsicht und machten sich dadurch gerade verdächtig und zu (letztlich unschuldigen) Opfern von Razzien. So sei es dem islamischen Buch-

berichtete: dass die Al-Nur-Moschee nach einstweiliger Schließung und weiteren Ermittlungen bald als unbedenklich betrachtet und wieder zur Öffnung freigegeben werden musste.

Die Hamburger SCHURA machte als Modell einer effektiven städtischen Repräsentation der Muslime von sich reden, die auch vom SPD-GAL-Senat als Gesprächspartner anerkannt war; sie leidet unter der Tatsache, dass die beiden größten Organisationen, der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ) und die türkisch-offizielle Organisation DITIB ihr nicht angehören, und es eilt ihr das Gerücht voraus, stark von der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) beeinflusst zu sein – nach Aussage von Nicht-IGMG-Zeugen zu Unrecht. Vergleichbare Versuche einer Koordination gibt es in anderen Städten, in Berlin unter dem klingenden Kürzel IBM (Initiative Berliner Muslime).

Ulrich Dehn